

Fotodokumentation



Das ‚Netzwerk Europäische Mitbestimmung‘ (NEM):

Wie wir uns für Europäische Mitbestimmung in der Hans-Böckler-Stiftung und darüber hinaus engagieren:
Am 25. Oktober 2015 gründeten die teilnehmenden Stipendiaten das ‚Netzwerk Europäische Mitbestimmung‘ (NEM). Das NEM versteht sich als ein gewerkschaftsnahes und überparteiliches Netzwerk, dessen Mitglieder einen Vernetzungs- und Arbeitsraum zu den aktuellen Herausforderungen der Europäischen Mitbestimmung innerhalb der Hans-Böckler-Stiftung und darüber hinaus schaffen möchten.



Interesse an einer Mitarbeit? Melde Dich unter:

kontakt.nem@gmail.com

Stipendiatisches Projekt



Eine gemeinsame europäische Zukunft?

gefördert durch die
Stipendiatische
Projektkommission

Hans **Böckler**
Stiftung

Vorstellung des stipendiatischen Projektes
von:

Urs Unkauf (Projektverantwortlicher) und
Gordon Folger (Finanzverantwortlicher)

Gewerkschaften & Sozialdemokratie

Warum die Politiken der nationalen Regierungen in Europa die Zukunft der Hans-Böckler-Stiftung gefährden:

Die Hans-Böckler-Stiftung finanziert sich als gewerkschaftliche Stiftung im Wesentlichen über die Vergütungen (Tantieme) der gewerkschaftlichen (sog. mitbestimmten) Aufsichtsräte von Unternehmen. Durch die Schaffung der europäischen Aktiengesellschaft „Societas Europea“ (SE) ändern sich jedoch die Rahmenbedingungen. Während das deutsche Gesellschaftsrecht (z. Bsp. GmbH-Gesetz oder Aktiengesetz) durch das Mitbestimmungsgesetz starke gewerkschaftliche Mitbestimmung im Aufsichtsrat eines Unternehmens vorsieht, ist dies bei der Societas Europea anders: Hier können die Unternehmen durch juristische Taschenspielertricks die Anzahl der mitbestimmten Aufsichtsräte reduzieren oder sogar ganz darauf verzichten. Das ist ein Angriff auf die demokratische Mitbestimmung von Arbeitnehmern in der Unternehmensführung und die Finanzierung der Hans-Böckler-Stiftung, da die abgeführten Tantiemen der Aufsichtsräte einen essentiellen Bestandteil der finanziellen Existenzgrundlagen der Hans-Böckler-Stiftung darstellen.

Warum ist das Verhältnis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Europa hierfür von Bedeutung?

Ausgangspunkt der Idee von sozialdemokratischer Regierungspolitik ist unter anderem die enge historische Beziehung zum Deutschen Gewerkschaftsbund. Das Verhältnis zwischen dem DGB und der SPD ist jedoch in den letzten Jahrzehnten brüchig geworden und bröckelte inhaltlich und personell bereits vor der „Agenda 2010“. Gleichzeitig zwingt uns die fortschreitende europäische Integration zunehmend, gewerkschaftliche Forderungen und arbeitnehmerorientierte Regierungspolitik europäisch statt nationalstaatlich zu denken. In Zeiten eines stark ausgeprägten Neoliberalismus (u. a. durch Deregulierungen, Flexibilisierungen, Senkung der Lohnstückkosten) in Europa könnte die Ausgangslage für die Gestaltung eines sozialen Europa aus bundesrepublikanischer Sicht kaum schlechter stehen. Dabei wird das Verhältnis zwischen regierenden sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften für den Schutz deutscher Mitbestimmungsregeln und den Ausbau der europäischen Mitbestimmung insgesamt von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung dieser für die Zukunftsfähigkeit der Mitbestimmung unabdingbaren Dimension. Daher ist es wichtig, die Diskussion über die Zukunft der (europäischen) Mitbestimmung innerhalb der Gewerkschaften und demokratischen Parteien voranzutreiben und auch langfristige Perspektiven für ein soziales Europa der Mitbestimmung zu entwickeln.

Was haben wir inhaltlich gemacht?

Aus diesem Grund haben wir uns in Form von Expertenvorträgen und moderierten Diskussionen mit dieser Thematik befasst und uns einen ersten Überblick verschafft.

Wir haben uns zunächst mit dem Grundsatzprogramm der SPD und dem Verständnis des DGB als gesamtgesellschaftlicher Interessenvertretung für eine arbeitnehmerorientierte Regierungspolitik beschäftigt. Im Anschluss beleuchteten wir den institutionellen Aufbau der Europäischen Union und ihre Gesetzgebungsverfahren. Dabei wurde ein besonderer Fokus auf die Problematik der Societas Europea und ihre Folgen für die Arbeitnehmermitbestimmung in der Bundesrepublik gelegt.

Die renommierte Politikwissenschaftlerin Dr. Ulrike Guérot, Direktorin des ‚European Democracy Lab‘, stellte den Seminarteilnehmern ihre Ideen zur Begründung einer ‚Europäischen Republik‘ vor. Dabei wurde deutlich, dass es sowohl Gewerkschaften als auch der Sozialdemokratie derzeit an einem gemeinsamen werteorientierten Leitbild fehlt, auf Grundlage dessen konkrete europapolitische Forderungen formuliert und ein soziales Europa der Arbeitnehmermitbestimmung langfristig umgesetzt werden kann.

Der Leiter des DGB-Verbindungsbüros in Brüssel, Stefan Gran, gab einen wichtigen Einblick in die Gewerkschaftsarbeit des europäischen Politikbetriebs. Er unterstrich die enorme Bedeutung Europas für die Zukunft der Gewerkschaften und wies auf die großen anstehenden Herausforderungen hin. Hierbei sprach er sich für die Stärkung europäischer Themen in der gewerkschaftlichen Basisarbeit (z. Bsp. im Ortsverband) aus.